



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/278 - 30.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Pleven-Plan und europäische Wirklichkeit	S. 1
Kanada sucht österreichische Auswanderer	S. 3
Mittelalter in Niedersachsen	S. 4
Noch einmal Wolfsburg	S. 6
Auch Sternbilder können lügen	S. 6

Europaarmee ohne Europa

A.E. Das zugrundeliegende Motiv des Gedankens der Europaarmee, den noch freien Teil Europas in Verbindung mit der gewaltigen Macht der Vereinigten Staaten militärisch so stark zu machen, daß jedem möglichen Angreifer die Lust zu einem Angriff genommen wird, ist angesichts der ständigen Bedrohung, die von der Sowjet-Union ausgeht, allem gerechtfertigt. Es kommt nur auf die richtigen Mittel an. Die Anregung, von den Franzosen nach langem Zögern aufgegriffen, stammt von Winston Churchill - von dem gleichen Mann, der jetzt an Straßburg durch den britischen Innenminister David Maxwell Fyfe erklären ließ, daß zwar Großbritannien alle Pläne einer gemeinsamen Verteidigung unterstütze, aber sich selbst aus der Europa-Armee heraushalten werde.

Die Bestürzung über diese britische Absage scheint etwas fehl am Platze. Die Bindungen Großbritanniens zu seinen Commonwealth-Staaten werden, unabhängig von seiner Regierungsform, immer stärker als die Bindungen an den Kontinent sein. Mit diesem Grundgesetz der britischen Politik sollte eigentlich jeder ernsthafte Politiker rechnen. Wer das nicht tut, macht sich einer Verkennung der Wirklichkeit schuldig. Politische, geographische und psychologische Tatbestände lassen sich nicht durch Beschwörungen, auch nicht des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, von Brentano, aus der Welt schaffen.

Was bleibt dann von der Europaarmee, wie sie dem französischen Außenminister Schuman vorschwebt, überhaupt noch übrig? Auch die skandinavischen Staaten haben schon bei früheren Gelegenheiten in deutlicher Form zu verstehen gegeben, daß sie nicht gewillt sind, ihre Nationalarmeen einem nebelhaften Gebilde unterzuordnen. Sie ziehen den Spatzen in der Hand der Taube auf dem Dache vor. Wenn man Spanien, Portugal, Österreich und Griechenland, die von vornherein als Teilnehmerstaaten nicht in Betracht kamen; abrechnet, kommen nach dem Nein Skandinaviens und Großbritanniens nur die Benelux-Staaten, Frankreich und Italien als Rekrutierungsländer für eine Europaarmee in Frage.

Aber kommen sie in Frage? Sicher ist, schrieb die italienische Zeitung "Corriere della Sera" dieser Tage, daß die Europaarmee verwirklicht werden müsse. "Wenn es notwendig sein sollte, auch ohne die Belgier und Holländer". Dieser für die deutsche Öffentlichkeit überraschende Satz enthüllt die Schärfe der Auseinandersetzungen, die zwischen Frankreich und den Benelux-Staaten über Form, Inhalt und Vollmachten der vorgesehenen übernationalen Autorität im Gange sind. Das Vorhandensein dieser Behörden mit ihren weitgehenden Befugnissen - Aufstellung eines gemeinsamen Verteidigungsbudgets, gemeinsame Ernennung von Offizieren und Aufteilung der Rüstungsproduktion - würde Verfassungsänderungen in diesen Ländern notwendig machen, für die sich keine Mehrheit in den Parlamenten finden dürfte. Es ist bisher nicht gelungen, diese plötzlich aufgetauchte Klippe zu umschiffen; selbst die Persönlichkeit eines Eisenhower vermag hier keine Wunder zu wirken.

Eine noch größere Pleite droht der noch ungeborenen Europaarmee durch die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs. Die Pleven-Regierung verfügt im Parlament nur über eine kleine Mehrheit. Sie taumelt von Krise zu Krise. Gaullisten und Kommunisten, fast die Hälfte der französischen Bevölkerung, lehnen, wenn auch aus völlig verschiedenen Gründen, die Europaarmee ab. Die Sozialisten sind nicht einmal mit halbem Herzen dabei. Die ganze Europapolitik Schumans, von der die Europaarmee das Kernstück ist, fußt auf schwankenden und in sich morsche Grundlagen, die auch dann nicht zu einem festen Fundament umgestaltet werden können, wenn die Vereinigten Staaten ihren Segen dazu geben. Man kann nicht die militärische Abwehr des Bolschewismus auf Illusionen aufbauen. Wenn das tragikomische Spiel in diesem Zwielicht weitergeht, dürften nur noch die früheren Achsenpartner das Reservoir für eine Europaarmee stellen, aber nur bescheidenen Einfluß auf ihre Verwendung haben.

Österreich vom Auswanderungsfieber erfaßt

F. - Wien

Bei der kanadischen Auswanderungskommission, die ihren Sitz in Wien hat, häufen sich die Bewerbungen zu Bergen. Ein wahres Auswanderungsfieber hat Österreich ergriffen. In den letzten Monaten sind in bedeutsamer Zahl besonders Heimatlose ausgewandert. Die aufnahmebereiten Länder suchen hauptsächlich Landarbeiter, Handwerker, Mechaniker, Techniker, Holzfäller, Grubenarbeiter, aber auch ungelernete Arbeiter.

Die Frage, welche Menschen in erster Linie die Auswanderungspapiere anstreben, ist nicht mit der Abenteuerlust der Jugend beantwortet. Die 18- bis 25-jährigen stellen das Hauptkontingent, und auch die Volksdeutschen gehören zu den eifrigsten Bewerbern. Begreiflicherweise: Sie sind noch immer nicht in die österreichische Wirtschaft eingebaut, ihre mühselig erkämpfte arbeitsrechtliche Gleichstellung steht noch immer auf dem Papier. Von einer politischen Gleichberechtigung ist keine Rede. Die Einbürgerungen gehen sehr schleppend vor sich, so daß der Volksdeutschen-Beirat, der dem Ministerkomitee verantwortlich ist, heftige Beschwerde erhob. Solange der Heimatvertriebene nicht eingebürgert ist, gilt er als Ausländer und steht daher nicht im Genuß staatsbürgerlicher Rechte. Unter den Flüchtlingen hat sich die kleinere Gruppe der Sudetendeutschen dank persönlicher Beziehungen, die noch aus der Zeit der Monarchie stammen, am besten durchgesetzt; die Südostdeutschen dagegen konnten nur zum Teil eingebaut werden. An sich wäre es nicht allzu schwierig, die kaum 30000 deutschsprechenden Heimatlosen aufzunehmen, zumal die Kriegsverluste Österreichs das Doppelte ausmachen. Aber ohne Plan läßt sich eine derartige Aktion nicht durchführen. Und die Regierung hat es bisher unterlassen, das Problem ernsthaft zu erwägen.

Es sind nicht die schlechtesten Menschen, die Österreich verloren gehen. Die Einwanderungsstaaten verlangen zunächst gesunde Leute, ferner Arbeiter mit Fachkenntnissen. An diesen hat Österreich keinen Überfluß, zumal auch die Arbeitslosigkeit eine minimale ist. Die einzelnen Auswanderungskommissionen werben die wertvollen Kräfte

an, während die alten und nicht arbeitsfähigen Personen zurückbleiben.

Das gilt natürlich nicht nur für die Heimatvertriebenen, sondern auch für die Österreicher. Es hat außerordentliches Aufsehen erregt, daß sich in Salzburg nicht weniger als 74 Polizisten auf die Auswanderungsliste setzen ließen. Auch unter der einheimischen Intelligenz, unter den Ärzten und Technikern, herrscht das Auswanderungsfieber. Es ist möglich, daß es abflauen wird. Ohne Zweifel hängt es zusammen mit der tiefen Depression, die das Volk angesichts der unerfreulichen wirtschaftlichen Situation Österreichs erfaßt hat. Die Kürzung der ERP-Hilfe versetzte den Österreichern einen Schock. Aber es ist nicht die Enttäuschung über das Versagen eines guten Freundes, sondern das Mißtrauen gegen die Regierung, die es bisher nicht verstanden hat, das Selbstbewußtsein der Massen zu heben. Gerade in einer Zeit, da durch erhöhte Produktion das Defizit des Außenhandels ausgeglichen werden könnte, verringert sich das Reservoir der Fachleute und der gesündesten und jüngsten Arbeiter. Die Regierung hat es unterlassen, den Menschen, vor allem der Jugend, zu sagen, daß nicht alles Gold ist, was aus der Ferne glänzt und daß auch die Arbeit in der Heimat einen soliden Boden besitzt.

+ + +

Heuerleute in mittelalterlicher Abhängigkeit

H.S. - Hannover

In den an Osnabrück angrenzenden Kreisen Westfalens und Niedersachsens gibt es heute noch den eigenartigen Pächtertyp der Heuerlinge. Der Heuermann ist der selbständige Inhaber eines mit eigenem Inventar wirtschaftenden landwirtschaftlichen Pachtbetriebes. Er erhält vom Verpächter die Wohn- und Wirtschaftsgebäude und eine landwirtschaftliche Nutzfläche pachtweise unter der Bedingung, daß die Pacht ganz oder teilweise durch Arbeit auf dem Hofe des Verpächters abgeleistet wird. Geschichtlich ist das Heuerlingswesen dadurch entstanden, daß im Raume um Osnabrück die rechtlosen Gemeindemitglieder (Brinksitzer, Häuslinge, Anbauer usw.) bei der Markenteilung leer ausgingen.

Nach der Betriebszählung des Jahres 1949 gibt es allein in Niedersachsen 5.200 Heuerlingsbetriebe der Größenklasse von zwei bis

zehn Hektar. 3.700 von ihnen bewirtschaften nur Pachtland. Die übrigen 1500 besitzen je Betrieb durchschnittlich 1,3 ha Eigenland. In den mit Heuerleuten am dichtesten besetzten Kreisen Bersenbrück, Vechta, Tecklenburg, Hoya und Diepholz sind 70 bis 90 Prozent der Heuerstellen hauptberufliche Betriebe der Landwirtschaft, von denen viele länger als eine Generation hindurch von der gleichen Pächterfamilie bewirtschaftet werden. Aus der Verquickung von Pacht- und Arbeitsverhältnis erwachsen für den hauptberuflich als Pächter wirtschaftenden Heuermann seit jeher wirtschaftliche Schwierigkeiten dadurch, daß er gerade in den Zeiten der Arbeitsspitzen zur Arbeitsleistung auf dem Verpächterhof zur Verfügung stehen muß. Die mit dem Heuervertrag verbundene Arbeitsverpflichtung beträgt bei den Mollerwerbbestellen etwa 50 bis 70 Tagewerke im Jahr.

Der Heuermann muß heute intensiv wirtschaften, weil er neben der normalen Belastung eines gleichgroßen und schuldenfreien Bauernhofes die Geldpacht und die Mehrleistungen für die zusätzliche Pacht in Form der gering oder gar nicht bezahlten Arbeitsleistung auf dem Verpächterhof aufbringen muß. Nach Angaben von Prof. Seraphim hielten Heuerbetriebe auf der gleichen Bodenfläche mehr als das Doppelte an Milchkühen wie vergleichbare bäuerliche Wirtschaften. Ein solcher Viehbesatz ist ohne starken Hackfruchtanteil und Zwischenfruchtanbau nicht möglich. Dabei kommt der Heuermann in betriebswirtschaftliche Schwierigkeiten. Er kann nicht reibungslos disponieren, weil ihn die willkürliche Abberufung zur Arbeitsleistung auf dem Verpächterhofe an der zügigen Bewirtschaftung seiner Mutterkühen behindert. In vielen Fällen gilt heute noch die mittelalterliche Form der Verpflichtung zur Arbeitsleistung auf Abruf je nach den Notwendigkeiten des Verpächterbetriebes, ohne Rücksicht auf die Arbeitsspitzen der Heuerwirtschaft.

Aus wohlerwogenen Gründen hatte sich daher der niedersächsische Landtag schon seit längerer Zeit mit einem Heuerlingengesetz befaßt, das die Koppelung von Pacht- und Arbeitsverträgen aufheben sollte. Inzwischen hat sich der Bund der Pachtgesetzgebung bemächtigt. Im Rahmen des jetzt zur Verhandlung stehenden Bundes-Pachtgesetzes sollen die Länder zwar zur Regelung besonderer Heuerlingsfragen ermächtigt sein. Es soll ihnen dabei aber vorgeschrieben werden, daß der Zusammenhang zwischen Pacht- und Arbeitsverhältnis gewahrt bleiben muß. Die sozialdemokratischen Vertreter konnten im Ausschuß bislang lediglich erreichen, daß Vertreter der Heuerlinge und der Landtage von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen im Dezember noch einmal gutachtlich gehört werden sollen. Es bleibt zu erhoffen, daß durch diese nochmalige Erörterung einer Mehrheit des Bundestages klar wird, daß das Heuersystem in seiner jetzigen Form den Heuerleuten die weitere Intensivierung ihrer Pachtbetriebe unmöglich macht.